



Wahlkampf im Hochzeitskleid. 2011 warb Ständeratskandidatin Elisabeth Schneider-Schneiter für mehr Steuergerechtigkeit bei den Verheirateten. Foto T. Briner

CVP-Hoffnungen auf den ganz grossen Triumph

Zuversicht vor Abstimmung über die Abschaffung der Heiratsstrafe

Von Christian Keller, Bern

In sieben Wochen stimmt die Schweiz über eine Vorlage ab, die für das Erfolgsbarometer der CVP – dieser einst politikbestimmenden, mittlerweile aber auf 11,6 Prozent Wähleranteil geschrumpften Volkspartei – von hoher, auch symbolischer Bedeutung ist. Ihre Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» verkörpert nicht nur ein Kernanliegen der Christlichdemokraten, den erklärten Lobbyisten für die Interessen der Schweizer Familien.

Ein Sieg an der Urne wäre ein Triumph zum bestmöglichen Zeitpunkt. Die CVP würde neue Kraft und Zuversicht schöpfen, ihr verloren geglaubtes Mobilisierungspotenzial neu entdecken. Zudem wären die Startvoraussetzungen für den Nachfolger von Präsident Christophe Darbellay, dessen Ersatz im April auserkoren wird, ideal. «Es würde sicherlich zu einer Aufbruchstimmung kommen», sagt die Baselierte CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Doch zurückhaltend fügt sie an: «Wir müssen uns noch sehr anstrengen, wenn wir ans Ziel kommen wollen.» Ihr Zuger Kollege Gerhard Pfister, derzeit als Kronfavorit fürs Parteipräsidium gehandelt, zeigt sich optimistischer: «Unsere Chancen sind besser als in den Medien dargestellt. Insbesondere glaube ich nicht, dass die FDP geschlossen Widerstand leistet.» Als Beleg verweist Pfister auf den freisinnig geprägten Gewerbeverband des Kantons Aargau, der die Abschaffung der Heiratsstrafe einstimmig unterstützte.

Die FDP Schweiz spricht sich – anders als die SVP – gegen das Volksbegehren der Mittepartei aus, weil sie nicht von ihrem liberalen Standpunkt

abrücken will: Personen sollen unabhängig von ihrem Zivilstand individuell besteuert werden. Das CVP-Konstrukt sieht hingegen vor, dass Ehepaare «in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft» bilden, die «gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich bei den Steuern und den Sozialversicherungen». Diese Formulierung lässt Spielraum für die fiskalische Ausgestaltung offen. Zum Zuge kommen dürfte wohl ein Splittingmodell, wie es in den Kantonen angewendet wird, seit 1984 das Bundesgericht in einem berühmten Urteil die steuerliche Diskriminierung der Verheirateten angeprangert hat.

Finanzdirektoren ins Boot geholt

Als Alliierte, und in den Augen von Elisabeth Schneider-Schneiter ist dies ein zentraler Punkt, darf die CVP die kantonalen Finanzdirektoren auf ihrer Seite zählen. Obschon die Beseitigung der jetzigen Steuerregelung zu Mindererträgen von bis zu 2,3 Milliarden Franken führen könnte, begrüsst die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) die Abschaffung der Heiratsstrafe. «Eigentlich ist es falsch, von Steuerausfällen zu sprechen. Es geht um Steuerbeträge, die über Jahrzehnte von den Ehepaaren zu viel unbezahlt worden sind», sagt Peter Hegglin, Zuger Regierungsrat und Präsident der FDK.

Seine Rolle in diesem Abstimmungskampf ist eine spezielle: 2015 musste er sich von der Parteispitze schwere Vorwürfe anhören. Als FDK-Präsident hatte Hegglin die gefloppte CVP-Familien-Initiative nicht mitgetragen. Dieses Mal bestehen keine Dissonanzen. «Es müssen endlich gerechte Verhältnisse geschaffen werden», betont der Zuger.

Innere Spannungen bleiben trotzdem nicht aus. Die Mitglieder der Jungen CVP des Kantons Zürich beschlossen im November die Nein-Parole. «Es kann nicht sein, dass die Beseitigung der Heiratsstrafe, so wichtig das auch ist, auf Kosten der Gleichberechtigung von Homosexuellen erfolgt», begründet Präsident Adrian Moser. Er bezieht sich dabei auf die umstrittene Formulierung, wonach gemäss Initiativtext die Ehe in der Bundesverfassung als «auf die Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» festgeschrieben werden soll. «Hinter dieser Definition der Ehe können wir nicht stehen», so Moser. Die Junge CVP Zürich positioniert sich damit auf einer Linie mit der SP sowie den Schwulen- und Lesbenorganisationen, die sich im Gegenkomitee «Gemeinsam weiter» miteinander verbündet haben.

Sollte die Verfassungsänderung Ende Februar angenommen werden, würden die Steuererleichterungen auch für gleichgeschlechtliche Paare gelten, die in eingetragener Partnerschaft leben. Schneider-Schneiter bezeichnet es deshalb als «verwerflich», wenn nun ausgerechnet homosexuelle Gruppierungen Stimmung gegen die CVP machen. Selbstkritisch räumt sie jedoch ein, dass die Partei es verschlafen habe, rechtzeitig Missverständnisse auszuräumen. «Hätten wir früher das Gespräch gesucht und die Sachverhalte besser erklärt, wäre das Resultat in Zürich anders ausgefallen», so die Baselierte.

Gerhard Pfister spricht indessen von einem Ausnahmefall. «Tatsache ist: Die Junge CVP Schweiz und die CVP Frauen unterstützen uns zu 100 Prozent.»

Skeptischer Gesundheitsminister nach dem Nein zum Ärztestopp

SP-Bundesrat Alain Berset weist Vorwürfe zurück

Bern. Der Nationalrat hatte im Dezember überraschend die Vorlage zum Ärztestopp versenkt. Damit können die Kantone ab kommendem Juli die Zulassung neuer Ärztinnen und Ärzte nicht mehr beschränken. Heute können sie die Zulassung von einem Bedürfnis abhängig machen, der Bundesrat legt die Kriterien dazu fest.

Die SVP und die FDP verhinderten mit ihrem Nein, dass diese Lösung dauerhaft ins Gesetz geschrieben wurde. Berset warnte umgehend vor steigenden Krankenkassenprämien: Es sei mit einem namhaften Zustrom von Spezialisten zu rechnen, was die Gesundheitskosten und damit die Prämien in die Höhe treiben werde, schrieb er im Dezember in einer Stellungnahme.

«Es braucht verlässliche Akteure»

In einem Interview, das gestern in den Zeitungen *24 Heures* und *La Tribune de Genève* erschienen ist, nimmt er nun ausführlicher Stellung. Er sei stets bereit, konstruktiv mit allen betroffenen Akteuren zusammenzuarbeiten, versichert er. «Doch es braucht auch eine gewisse Verlässlichkeit der anderen Akteure.» Jeder müsse seine Verantwortung wahrnehmen. Das Parlament habe seinen eigenen Kompromiss abgelehnt.

Den Vorwurf, Alternativen nicht genügend geprüft zu haben, weist Berset zurück. Er habe die Akteure zu Runden Tischen eingeladen, mögliche Lösungen seien im Detail diskutiert worden. Gemeinsam sei man zum Schluss gekommen, dass die Kantone eine Steuerungsmöglichkeit brauchten.

Die Kantone verlangen nun Sofortmassnahmen. Er sei bereit, die Arbeiten wieder aufzunehmen für eine befristete Lösung, die es dann erlaube, andere Möglichkeiten zu prüfen, meint Berset dazu. Er äussert jedoch Zweifel am Willen des Parlaments. «Will das Parlament das tun?», fragt er. Und antwortet: «Wir werden sehen.» Skeptisch äussert er sich auch zu den Vorschlägen für Alternativen zur Zulassungsbeschränkung.

Man könne über eine Lockerung des Vertragszwangs diskutieren, sagt er zu den Forderungen aus der FDP. Aber niemand habe bisher aufgezeigt, wie diese Lösung machbar wäre und wie sie mehrheitsfähig sein könnte. Auf jeden Fall sei das ein langfristiges Projekt.

Nicht überzeugt ist der SP-Bundesrat auch vom Vorschlag aus seiner Partei, kantonale Einheitskassen zu schaffen. Diese Lösung sei auf eidgenössischer Ebene nicht mehrheitsfähig, gibt er zu bedenken. Und er sei nicht sicher, dass das Problem damit wirklich an der Wurzel gepackt würde. Wie viele Versicherungen es auch gebe, die Herausforderung bleibe die Kontrolle der Medikamentenpreise, der Kosten der ambulanten Medizin und der Spalkkosten.

Gelassenheit nach Gerichtsurteil

Berset nimmt im Interview auch Stellung zur Diskussion über die Krankenkassenlobbyisten im Parlament. Die Interessensvertretung der Gesundheitsbranche sei stark, stellt er fest. Das sei kein unüberwindbares Problem, so lange Transparenz herrsche und die Interessensvertreter verlässlich seien. Es brauche Akteure, die sich der Verantwortung gegenüber der gesamten Bevölkerung bewusst seien.

Keine Sorgen scheint Bundesrat Berset ein Bundesgerichtsurteil zu bereiten, das am Donnerstag veröffentlicht worden war. Demnach darf sich das Bundesamt für Gesundheit bei der periodischen Überprüfung der Medikamentenpreise nicht auf einen Vergleich der Schweizer Preise mit den europäischen beschränken. Das Bundesamt für Gesundheit muss auch einen therapeutischen Quervergleich anstellen.

Das Urteil beziehe sich auf das frühere Recht, erklärt der Gesundheitsminister. Im neuen Recht, das seit vergangenen Sommer in Kraft sei, sei der therapeutische Quervergleich bereits enthalten, sagt er weiter. SDA

Mehr Sicherheit dank zweiter Infrarot-Anlage

Überhitzte Fahrzeuge werden frühzeitig gestoppt

Göschenen. Weil sich das Thermoportal an der Südseite des Gotthard-Strassentunnels bewährt hat, geht Ende Januar auch am Nordportal eine solche Infrarot-Anlage in Betrieb. Sie schlägt Alarm, wenn überhitzte Lastwagen die Röhre durchqueren wollen, und hilft, Brände zu verhüten. Aufgrund der guten Erfahrungen mit dem Thermoportal in Airolo (TI) habe das Bundesamt für Strassen (Astra) entschieden, auch im Norden eine solche Anlage einzurichten, teilte dieses gestern mit. Die neue Anlage in Göschenen (UR) ist seit Dezember in einer Testphase, Ende Januar geht sie definitiv in Betrieb.

Die Anlage misst mit einem Lasersignal zunächst die Aussenmasse des Lastwagens. Dann werden mit Infrarot-

kameras die Temperaturen der einzelnen Motorfahrzeuge gemessen. Ist ein Fahrzeug überhitzt, wird es aus dem Verkehr gezogen. Die Massnahme soll helfen, die Sicherheit im Gotthard-Strassentunnel weiter zu erhöhen – zusammen mit anderen Massnahmen wie etwa dem «Tropenzählersystem».

600 000 Franken pro Jahr

Am gefährlichsten wird es in einem Strassentunnel, wenn ein Fahrzeug zu brennen beginnt, schreibt das Astra. Wie 2001 im Gotthard-Strassentunnel: Damals starben elf Menschen, weil ein Lastwagen ausgebrannt war. Die häufigste Ursache für Fahrzeugbrände bei Lastwagen sind Überhitzungen bei Motoren, Bremsbelägen oder Abgasanlagen. Die Anlage in Airolo wurde 2013 in Betrieb genommen. Sie kontrolliert den nordwärts fahrenden Schwerverkehr. Diese Massnahme hat sich aus Sicht des Astra bewährt: Im Jahr 2014 wurden demnach bei 24 Fahrzeugen gravierende Überhitzungen festgestellt, die im Tunnel zu Bränden hätten führen können.

Verkehrsministerin Doris Leuthard (CVP) begab sich gestern nach Göschenen, um das neue Thermoportal zu besichtigen. Sie zeigte sich laut Communiqué «erfreut» über die Inbetriebnahme der neuen Sicherheitsanlage. Die beiden Thermoportale nördlich und südlich des Gotthard-Strassentunnels kosten zusammen rund drei Millionen Franken. Der jährliche Betrieb kommt auf etwa 600 000 Franken zu stehen.

Betrieben werden die Portale von der Schadenwehr Gotthard. Deren Einsatzgebiet umfasst die Nordrampe der Autobahn A2 ab Erstfeld, die Südrampe ab Chiggiogna sowie den Tunnel und den südlichen Teil der Gotthard-Passstrasse. Aller Massnahmen zum Trotz stand die Schadenwehr im Jahr 2014 22 Mal wegen Brandes im Einsatz.

Nachrichten

Jacques Nicolet wird Präsident der SVP Waadt

Bern/Brüssel. Bundespräsident Johann Schneider-Ammann wird am kommenden Freitag in Brüssel mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zusammentreffen. Im Zentrum steht die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU. Diese Klärung sei 2016 voraussichtlich die grösste Herausforderung der Schweiz, teilte sein Departement mit. SDA

Unterschiedliche Zahlungen an Uni-Spitäler

Bern. Die Schweizer Universitäts-Spitäler erhalten laut einer neuen Studie von den Standortkantonen unterschiedlich viel Geld. Laut der gestern von der bernischen Gesundheits- und Fürsorgeverwaltung veröffentlichten Studie leistet der Kanton Bern einen allgemeinen kantonalen Finanzierungsbeitrag von 10 Millionen Franken an das Berner Inselspital. Basel zahlt an sein Unispital 13,6 Millionen Franken. SDA

Immer mehr Frauen werden Alp-Schäferinnen

Sitten. Eine Ausbildung zum Schafhirten im Wallis zieht besonders viele Frauen an. Am Ausbildungsort in Sitten sind die Frauen im dritten Ausbildungsjahr sogar klar in der Mehrheit. Die Auszubildner zeigen sich überrascht. 14 Frauen und drei Männer haben im November an der landwirtschaftlichen Schule in Sitten mit der Ausbildung zu Schafhirten begonnen. SDA

Landschaftsschutz: Erfolg mit Einsprachen

Bern. Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) hat im vergangenen Jahr häufig auf das Mittel des Verbandsbeschwerderechts zurückgegriffen, um Bauten aus ihrer Sicht zu verbessern oder zu verhindern. Rund 70 Prozent der Einsprachen und Beschwerden gingen in ihrem Sinne aus. SDA



Bewährte Massnahme. Doris Leuthard in Göschenen. Foto Keystone